



## **Positionierung der Freien Wähler zur Thematik BASF-Areal, Ansiedlung eines Chemikalien-Recyclingbetriebes, Verkehrsanbindung Industrie und begleitende Wirtschaftsförderung**

**Position der Freien Wähler:** Bevor die Chemikalienrecycling-Firma Zimmermann sich auf dem BASF-Areal als weiterer Störfallbetrieb niederlässt und Gefahrguttransporte durch Wohngebiete führt, soll die Kommune eine grundsätzliche Position zur zukünftigen Entwicklung der Gemeinde hinsichtlich Wirtschaft, Industrie, Arbeiten und Wohnen darlegen. **Um sich jetzt kurzfristig schützen zu können vor dem Schaffen von Fakten, die die geeignete nachhaltige Entwicklung beeinträchtigen oder sogar verhindern, ist zur Wahrung der Planungshoheit der Gemeinde das Instrument der Veränderungssperre einzusetzen, mit dem Ziel, einen geeigneten Bebauungsplan zu entwickeln.** Hinsichtlich der Verbesserung der Verkehrssituation zur Entlastung von Grenzach-Wyhlen stehen die Freien Wähler hinter der gemeinsamen Resolution von Kommune und Industrie, trotzdem sie (die Freien Wähler) wie bekannt eine andere Trassenführung der Ortsumgehung an Wyhlen vorbei als vorteilhafter bevorzugen würden.

**Begründung:** Die chemische Produktion hier hat heute und langfristig keine Zukunft. Eine Ansiedlung der Firma Zimmermann aber macht nur dort Sinn, wo zu behandelnde Chemikalien vor Ort anfallen oder zukünftig anfallen werden. Es ist nicht zwingend, dass dies in Grenzach-Wyhlen so sein wird. Eher lassen die Prognosen vermuten dass die chemische Industrie ihren Rückbau beschleunigen wird. Viele Bürger Grenzach-Wyhle stehen der absehbaren Entwicklung skeptisch oder ablehnend gegenüber. Die Verkehrsanbindung an die Industrie ist schlecht, durch die Ortsstraßen, oder auf der Schiene auch erst durch die Ortschaften und kurz vor dem BASF-Werkgelände die zukünftige Bundesstraße höhengleich kreuzend. Das Scopingverfahren zur Umweltverträglichkeit im und um den Störfallbetrieb endet in etwa an der Einfahrtsstelle der LKWs in die B34-alt und lässt den weiteren Verlauf entlang der engen Straße und Wohnbebauung unberücksichtigt. Das heißt, auf Dauer werden Gefahrguttransporte von auswärts die Ortschaft anfahren und wieder verlassen. Alle weiteren Industrieansiedlungen (ausser im Fallberg) werden zusätzlichen Zielverkehr verursachen. Im Kontrast zum aktuellen Geschehen umwirbt die Gemeinde potentielle Zuzüger mit dem Slogan „In Grenzach-Wyhlen lässt es sich leben“ und in der Agglomeration Basel wird Grenzach-Wyhlen als Filetstück für Wohnen gehandelt. Das sind offensichtliche Widersprüche, die von der Kommune aufgelöst und den Bürgern verständlich dargelegt werden müssen.

Die geplante Ansiedlung Zimmermann ist die erste, weitere sollen folgen. Die Gemeinde läuft Gefahr, von der Gestaltung der Entwicklung abgehängt zu werden. Wir alle wissen nicht wo es hingehet, noch nicht einmal wo wir sind. Diese Unerfahrenheit wird von den Industriemanagern auch so wahrgenommen und genutzt. Sie gehen geradeaus ihren Weg, ohne uns je mitzunehmen und es scheint leider so weiter zu gehen. Wir müssen uns regen, agieren, auch Leitplanken setzen und die Interessen der jetzigen und potentiellen Bürgerinnen und Bürger im Auge haben. Ohne hier den Einsatz der Veränderungssperre zu fordern, wird es nicht gehen. Nicht um Zeit zu gewinnen, sondern um die Planungshoheit der Kommune zugunsten der nachhaltigen Entwicklung zu wahren.

Im folgenden werden Argumente zu Teilaspekten aufgeführt:

## **1 Position der Freien Wähler zu Grenzach-Wyhlen als Industriestandort**

**Position:** Der hiesige Wohlstand, von dem auch der Landkreis langfristig profitiert, ist historisch der ansässigen Industrie, vor allem Chemie und Pharma zu verdanken. Die Freien Wähler stehen grundsätzlich zu G-W als Teil der Industrieagglomeration und damit auch zum Industriestandort im weiteren Sinne. Bei der Standortsicherung müssen auch die neuen (globalen und lokalen) Entwicklungen in die Überlegungen mit einbezogen werden.

**Fakten:** Die globale Entwicklung verläuft nun in eine andere Richtung, die traditionelle chemische und pharmazeutische Produktion hat hierzulande keine Zukunft und wird verlagert in die Nähe der weiterverarbeitenden Industrie und der Kunden, vor allem nach Asien. Das haben die Erläuterungen von Kai Gramke, Prognos AG, am Wirtschaftstreff und die Ausarbeitung der Wirtschaftsregion Südwest zu Chemie am Hochrhein deutlich aufgewiesen. Allenfalls HighTech-Produkte und Neue Technologien hätten eine Chance, aber auch nur bei entsprechender Attraktivität von Standortfaktoren (zB Energiekosten, Verfügbarkeit und Qualifikation des Personals, Verkehrsanbindung, auch die Stimmung und Aufnahmebereitschaft der Bürger).

**Fragen, die zu klären sind:** Wieso soll dann hier die Planung genau in die andere Richtung funktionieren, sprich die Ansiedlung eines Betriebes, der weitere produzierende Betriebe für die Ausübung seines Geschäftes braucht? Ist nicht eher mit dem weiteren bis vollständigen Rückbau der BASF zu rechnen? Wird Grenzach-Wyhlen dann ein Zentrum für Abfallbehandlung?

**Statement:** Für eine nachhaltige Planung darf die Kommune auch den vollständigen Rückbau der BASF, und evtl. weiterer Betriebe nicht außer Betracht lassen. Das ist nicht pessimistisch, sondern realistisch. Die Entwicklung G-W darf auch nicht isoliert betrachtet werden, sondern die Gesamtentwicklung der Agglomeration Basel und die erwünschte Rolle G-W's darin sind auszuloten. Zum Beispiel wird in der Agglomeration Basel Grenzach-Wyhlen als Filetstück für Wohnen gehandelt, es wird das Projekt Lagune aufgezeigt, der Rhein soll in einem IBA-Projekt noch weiter zugänglich gemacht werden.

## 2 Position der Freien Wähler zur Verkehrsanbindung an die Industrie

**Fakten:** Die derzeitige Verkehrsanbindung an die Industriegebiete, mit Ausnahme des Fallbergs, und die generelle Verkehrssituation in Grenzach-Wyhlen ist äußerst schlecht. Der bekannt hohe Eigenverkehrsanteil im Ort umfasst auch den Ziel- und Quellverkehr der Industrie. BASF, DSM, Roche, Bayer, Wetzel können nur durch die Ortschaften angefahren werden. In Wyhlen ist die Bundesstraße B34 durch Kurven und Engstellen für Schwerlast-, KFZ- und Radfahrverkehr nur schwer im miteinander befahrbar. Durch die Ausführung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes wird in Grenzach die planfestgestellte Ortsumgehung in Angriff genommen werden können. Der Bau der Ortsumfahrung Wyhlen aber ist fern der Verwirklichung. Deshalb sind die Bürger nicht bereit, noch mehr Schwerlastverkehr oder gar Gefahrguttransporte zu dulden.

**Fragen, zu klären:** Wie kann schnell die direkte Anbindung an die Industrie hergestellt und die Ortsdurchfahrten vom Quell-Zielverkehr entlastet werden? Wie können alle Industriegebiete (Fallberg, Schacht, Wetzel, Wösch, Roche, DSM, GP, BASF) befriedigend angebunden werden? Wie realistisch ist die Nutzung des höhengleichen Gleisanschlusses an die Industrie über die B34 neu, das war doch bei der Planfeststellung eher Auslaufmodell als Zukunftsvision?

**Fazit:** Die Freien Wähler unterstützen die gemeinsame Resolution der Kommune und der Industrie für eine schnelle Verwirklichung der Ortsumgehung Wyhlen, trotzdem die Freien Wähler die planfestgestellte Trassenführung durch den Ortsteil Wyhlen in mehrerer Hinsicht für suboptimal halten und deshalb ablehnend gegenüberstehen. Hier hoffen die Freien Wähler auf den Ausbau der Achse Fallberg-Gmeiniweg, die dann den Industrieverkehr für alle Ziele vollständig aufnehmen kann. Die notwendige Kanalisierung dieser Entlastungsstraße zum Schutz des Grundwassergebietes sollte Bestandteil der Planung sein. Die fehlende Kanalisierung darf auf keinen Fall ein Argument dafür sein, den Verkehr weiterhin durch die Ortschaften laufen zu lassen, denn dort leben und bewegen sich zu schützende Menschen, Kinder, Fussgänger, Radfahrer.

### **3 Position der Freien Wähler zur benötigten Wirtschaftsförderung in Grenzach-Wyhlen**

**Fakten:** Grenzach-Wyhlen unterliegt dem industriellen Wandel. Von ehemals 5000 Beschäftigten in Chemie und Pharma sind noch etwa 2000 geblieben, der Rest wegrationalisiert. Es werden noch Prestigebauten erstellt, aber keine Arbeitsplätze geschaffen. Die Arbeitnehmer fordern die Erhaltung der verbliebenen Arbeitsplätze und stehen allen Wandlungen erst einmal skeptisch gegenüber. Die Zulieferbetriebe und abhängigen Dienstleistungsbetriebe vor Ort spüren die existentielle Bedrohung. Die Gewerbesteuereinnahmen der Gemeinde sinken.

Eine aktive und initiative Wirtschaftsförderung findet in G-W nicht statt. Saß man hier früher noch auf dem hohen Ross und konnte potentielle Ansiedler vor den Kopf stoßen, verlässt man sich heute mehr auf den Zufall und völlig inkonsequenten Einsatz von Instrumenten der Wirtschaftsförderung (Modus der Vergabe der Grundstücke im Fallberg, nicht vorgesehene Schaffung des Industriegebietes Wösch), setzt damit ganz falsche Signale und gibt das Heft aus der Hand. Die Kommune wird manipulierbar und wird zum Spielball der Industrie schon bei (relativ!) umsatzschwachen Interessen.

**Eine Frage:** Wie kann eine Wirtschaftsförderung, die nur lokal auf die Verwaltung beschränkt ist, grosse Industrie anlocken, genügt das? Kopierter Homepagetext:

### **Als persönlicher Ansprechpartner steht Ihnen Bürgermeister Jörg Lutz gerne zur Verfügung**

**Fazit:** Erstens, Planung muss nun langfristig ins Auge gefasst werden. Horizonte von 10 bis mehr als 20 Jahren sind realistisch (Beispiel Lonza Waldshut, Eisenbau Wyhlen). Deshalb kommt es auf eine Auszeit von wenigen Jahren überhaupt nicht an. Eine aktiv genutzte „Auszeit“ kann richtungsweisende Ergebnisse erzielen. Situationsanalyse ist umgehend schnell zu initiieren und Ziele im Ausblick miteinander zu erarbeiten. Szenarien, die z.B. auch den vollständigen Rückbau der heute ansässigen Chemiebetriebe ins Auge fassen, müssen durchexerziert werden. Es sollte zur Analyse und Planung (wie von Professor Utikal beim Themenabend der Wirtschaftsregion Südwest „Chemie am Hochrhein“ im Vortrag skizziert) die Unterstützung von Experten eingeholt werden und im Weiteren zur Identifizierung, Anwerbung und Ansiedlung die Länder und Kontinente übergreifenden Netzwerke von Experten in höhergestellten Wirtschaftsämtern (des Landes BW und des Bundes) und extern aktiviert werden.

**DIE GEMEINDE KANN WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG NICHT ALLEINE! ABER DIE ZUKUNFT DER GEMEINDE HÄNGT VON DER WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG AB.**

#### 4 Position der Freien Wähler zum BASF-Gelände

**Fakten:** Die BASF ist die Besitzerin des Geländes. Laut Aussagen will sie das Gelände nicht verkaufen, kann aber auch keine Standortgarantie abgeben. Auf dem Areal befindet sich die sogenannte Keßlergrube, die saniert werden muss. Die BASF hat bei ihrem Rückbau das Interesse, die freiwerdenden Flächen an Mitbenutzer der bestehenden Infrastruktur zu vermieten. Die Gemeinde Grenzach-Wyhlen ist über die vertraglich festgelegte Mitbenutzung der Kläranlage in diese Problematik eingebunden. Die Firma BASF hat einen Vorvertrag und mittlerweile einen Vertrag mit der Recyclingfirma Zimmermann geschlossen. Das im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung notwendige Scoping-Verfahren ist eingeleitet worden. Die Firma Zimmermann nimmt etwa 1/10 der freiwerdenden Fläche in Betrieb.

**Fragen, zu klären:** Ist der Transport der Gefahrgüter über die Schiene realistisch, auch dieser führt mitten durch Ortschaften, ist die höhengleiche Kreuzung von Schiene und B34 neu akzeptabel? Könnte die Kläranlage redimensioniert werden? Was ist die zukünftige Rolle der BASF, schafft sie neue Arbeitsplätze in Grenzach-Wyhlen? Ist die Planung eines Gewerbeparks denkbar? Wie kann erreicht werden, dass die BASF die Interessen und Ansprüche der Kommune in ihren zukünftigen Planungen mitberücksichtigt?

**Fazit:** Grundsätzlich sehen die Freien Wähler kein Problem mit der Ansiedlung eines Unternehmens, das sich kompetent mit Chemikalienrecycling beschäftigt. Allerdings macht es vor allem dort Sinn wo die zu behandelnden Stoffe sich befinden. Es müssten sich daher erwünschtermassen weitere Chemieunternehmen ansiedeln. Äusserst problematisch sehen die Freien Wähler die notwendigen Transporte von Gefahrgut durch die Ortschaft, grundsätzlich deshalb weil die bestehende Verkehrssituation in Wyhlen schon prekär genug ist. Diese Transporte müssen aus der Ortschaft herausgehalten werden. Für die weitere Zukunft des Areals fordern die Freien Wähler weiterhin die Einrichtung eines runden Tisches, unter Führung der Besitzerin BASF, an dem vorab informiert wird und die Kommune ihre berechtigten Interessen einbringen und vertreten kann.